

BEIRATSBESCHLUSS: KINDERARMUT

Die Kinderarmut in Deutschland ist trotz vielfältigen Ansätzen zu deren Bekämpfung seit vielen Jahren konstant und stieg zuletzt sogar an. Um das Problem besser zu verstehen, muss zunächst die Frage beantwortet werden, was Armut in Bezug auf Kinder eigentlich bedeutet, da sie nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Die Messung von Kinderarmut nimmt zumeist Bezug auf eine Definition der Europäischen Union, nach der Haushalte als arm gelten, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens beträgt. Alternativ wird die Unterschreitung des jeweils politisch definierten Existenzminimums herangezogen. Da die Grundsicherung gerade Armutsgefährdung verhindern soll, ist dies jedoch umstritten.

Wir stellen fest: Kinderarmut ist Elternarmut. Da Kinder nicht selbst für ihr Einkommen sorgen können, werden sie als arm bzw. armutsgefährdet definiert, wenn es ihre Erziehungsberechtigten sind bzw. der Haushalt, in welchem sie aufwachsen. Von 103.490 Dortmunder Kindern lebten im Dezember 2022 30.474 in Bedarfsgemeinschaften, die staatliche Leistungen nach dem SGB II beziehen. Familien mit drei oder mehr Kindern, sowie Kinder von Alleinerziehenden und Menschen mit Migrationsgeschichte sind davon überproportional häufig betroffen.

Unter den westdeutschen Städten weist Dortmund eine überdurchschnittlich hohe soziale Segregation auf. Kinderarmut konzentriert sich in Dortmund zentrumsnah, mit Schwerpunkt in der nördlichen Innenstadt. Am Nordmarkt und am Borsigplatz befinden sich die Sozialräume mit den höchsten SGB-II-Quoten von Kindern. In der Nordstadt ist der Anteil von Menschen ohne deutschen Pass mit über 50% deutlich überdurchschnittlich im Vergleich zur restlichen Stadtbevölkerung, was erneut bestätigt, dass ein Migrationshintergrund das Armutsrisiko deutlich erhöht.

Für Kinder die in dicht besiedelten Stadtteilen wie der Nordstadt leben, sind öffentliche Räume essenziell. Jene Kinder leben in der Regel in kleinen Wohnungen mit mehreren Geschwistern, was den Bedarf nach öffentlichem Raum dementsprechend nur erhöht. Kinder, die in engen Wohnungen leben und keine geeigneten Rückzugsorte haben sind anfälliger für Erkrankungen, psychischer und physischer Art. In eben diesen Stadtteilen gibt es jedoch in der Regel weniger hochwertige Spielplätze, dafür aber umso mehr Kinder. Häufiger kommt es hier zu großen Ansammlungen von Sperrmüll und anderweitigem Müll, der auf den Straßen gelagert wird. Zerbrochene Pflastersteine, schwache bzw. nicht vorhandene Straßenlampen schaffen Angsträume, in denen sich besonders Kinder in der Öffentlichkeit nicht wohl fühlen können, die von daher auch für diese Kinder keinen



geeigneten Rückzugsort darstellen. Sanierungsbedürftige Gebäude und graue Fassaden tragen ebenfalls zu diesem Eindruck bei.

Ob Kinder und Jugendliche sich selbst als arm empfinden, ist subjektiv und hängt von vielen Faktoren ab. Zum Beispiel davon, über welche sonstigen Ressourcen die Erziehungsberechtigten verfügen, wieviel Beistand deren soziales Netzwerk leisten kann oder wie gut sie sich mit staatlichen Unterstützungsoptionen auskennen und diese nutzen. Daher muss eine Sensibilität gefördert werden, um Armutsbetroffenheit zu erkennen und anzuerkennen.

Wenn nicht schon vor der Schule ein materieller Mangel auffällt, wird Kindern spätestens im Vergleich mit den Mitschüler*innen sehr bewusst, was Armut bedeutet. Dabei geht es nicht, wie aus konservativen oder liberalen Kreisen gerne unterstellt, um Markenkleidung oder teure Geschenke, sondern meist schon um geeignete Schulausstattung und die Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten wie Ausflügen oder Klassenfahrten, die die Eltern nicht zahlen können, oder für die sie Hilfen anfordern müssen. Zudem leiden besonders arme Jugendliche unter Stigmatisierungen. Denn während Kindern zugebilligt wird, dass sie für ihre soziale Lage nicht verantwortlich sind, sehen sich Jugendliche aus armen Familien viel stärker mit Vorurteilen konfrontiert. Aus Faulheit, mangelndem Leistungsbewusstsein oder auffälligem Verhalten seien sie an der eigenen Lage selbst schuld. Solche Vorurteile reproduzierte der Arbeitgeberpräsident zu Jahresbeginn, in dem er behauptete, dass an Schulen Leistung keine Relevanz hätte und die Menschen „mehr Bock auf Arbeit“ bräuchten. Dieses Aufstiegsversprechen existiert nicht für Armutsbetroffene, denn es lässt sich nachweisen, dass Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Sozialräumen geringere Chancen haben, einen höher qualifizierten Schulabschluss zu machen. Dies hängt zum einen mit den finanziellen Möglichkeiten der Eltern zusammen. Dies hat sich in der Coronakrise gezeigt, als ein funktionierende Internetanschluss, ein eigenes Kinderzimmer mit Lernatmosphäre und technisches Equipment plötzlich die Voraussetzung waren, um am Unterricht teilzunehmen. Für die SPD- Landtagsfraktion ist daher neben der Gebührenfreiheit im Schulwesen die Lernmittelfreiheit elementar. Zwar ist die im Schulgesetz geregelt, aber sie umfasst nicht alles, was gebraucht wird. Für die „persönliche Ausstattung“ – Hefte, Stifte, Malkasten, Zirkel, Taschenrechner, Workbooks usw. – müssen Eltern tief ins Portemonnaie greifen – und es gibt gravierende qualitative Unterschiede. Als NRWSPD zeigten wir bereits, dass allein die Erstausrüstung für den Schulbeginn, ob Grundschule oder Weiterführende, schnell mal über 400 € kostet. Dies kann sich kaum eine Familie leisten. Hinzu kommt der Schaden, den wir an Kindern und Jugendlichen anrichten, in dem diese aus finanziellen Gründen nicht an Bildungsfahrten,



Reisen und Austauschprogrammen teilnehmen können. Sie haben geringere Chancen ihre Sozial- und Kulturräume aufzubrechen und neue zu entdecken, um dabei den (Fremd)Spracherwerb, die Gemeinschaftsbildung und ihre sozialen Fähigkeiten zu fördern.

Wie sich Kinder und Jugendliche entwickeln, hat neben den finanziellen Ressourcen auch viel mit den Kapazitäten und Fähigkeiten des Umfeldes zu tun, sie zu fördern und auf ihren beruflichen und persönlichen Lebenswegen zu beraten und zu unterstützen. Sprachliche Barrieren, gesundheitliche und psychische Probleme oder starke berufliche Einspannung der Erziehungsberechtigten, dies sind alles Gründe, die Eltern, die selbst arm sind, daran hindern können, ihre Kinder bestmöglich zu fördern. Insbesondere Alleinerziehende und Eltern in Schichtarbeit sind hier zudem mit Betreuungsproblemen konfrontiert, wenn Teilzeitarbeit aus finanziellen Gründen einfach nicht infrage kommt. Und ganz simpel: Wer noch nie eine Bewerbung geschrieben, sich noch nie für einen Ausbildungs- oder Studienplatz beworben hat, wer nicht weiß, was ein Stipendium ist, kann seinen Kindern dabei auch nur wenig helfen. Um Eltern zu entlasten und den Kindern und Jugendlichen zu helfen ist Beratung und Betreuung wichtig. Ein Fortschritt ist die Ausweitung des TalentScouting, welches Schüler*innen von der Oberstufe bei Ihrem Übergang in die Berufsausbildung oder ein (duales) Studium begleitet. Das Programm müsste aber ausgeweitet werden, um auch den kritischen Übergang von der Sekundarstufe I in die Berufsausbildung oder die Sekundarstufe II abzudecken.

Die Möglichkeiten aus diesem Armutskreislauf auszubrechen, sind also mit enormen Herausforderungen verbunden. Kommune, Land und Bund müssen hier Hand in Hand zusammenarbeiten, um mehr gesellschaftlichen Aufstieg zu gewährleisten. Das tun sie jedoch derzeit nur unzureichend. Die Stadt Dortmund sieht sich mit landesweit überdurchschnittlichen Anforderungen konfrontiert, denen kommunal bereits eine breite Angebotsstruktur und vielfältige Präventionsangebote entgegengesetzt werden. Sie ist Teil des Netzwerks INFamilie, in dem sich verschiedene soziale Akteure unabhängig von ihrem Status, Herkunft oder Trägerschaft aus einem Quartier zusammenschließen, um die sozialen Teilhabechancen von Kindern und ihren Eltern in den jeweiligen Quartieren zu fördern. Die Kinder- und Jugendhilfe in Dortmund umfasst ein interdisziplinäres Netzwerk aus Akteuren aus dem Gesundheitswesen und freien Trägern mit koordinierten Hilfsangeboten für Kinder und Familien. Die Familienbüros in allen Stadtbezirken organisieren Willkommensbesuche bei Eltern neugeborener Kinder. Sie bieten Informationen über bestehende Betreuungs-, Freizeit-, Kultur- und Sportangebote und frühkindliche Bildungsmaßnahmen zur Sprachförderung, Motorik und geeigneter Ernährung für Kleinkinder an. Bis Ende des Jahres wird die Stadt voraussichtlich rund 181 Mio. Euro in den Schul- und Kitaausbau investieren. Ebenso möchten wir dieses Angebot durch ein entsprechendes Dortmunder Talentkolleg ergänzen.



Die schwarz-grüne Landesregierung hingegen agiert viel zu zaghaft – denn den sozialen Folgen der Coronakrise und der Inflation kann nicht mit kurzweiligen Überbrückungen und Flickschusterei beigegeben werden. Aufgrund des Fachkräftemangels in Kitas und Schulen und der chronischen Unterfinanzierung der Trägerlandschaft im Bereich der Kitas steuert das nordrhein-westfälische Bildungswesen auf den Abgrund zu. Zudem wird die Verantwortung für die Altschuldenproblematik von der Landesregierung abgeschoben – ein Hemmschuh, der nicht nur Dortmund seit Jahren drückt und dessen Lösung die Stadtkasse enorm entlasten würde.

Ein wichtiger Schritt wird nun mit der von der Ampel vereinbarten Kindergrundsicherung gemacht. Nach aktuellem Planungsstand umfasst sie folgende Maßnahmen: Für alle Kinder und Jugendlichen wird ein einkommensunabhängiger Kindergarantiebetrag gewährt. Er ersetzt das bisherige Kindergeld. Hinzu kommt ein einkommensabhängiger und nach Alter gestaffelter Kinderzusatzbetrag. Die Beantragung wird leichter, indem Kinderzuschlag und Leistungen des Bürgergelds für Kinder und Jugendliche zusammengeführt werden. Alle Leistungsempfänger*innen, die Anspruch auf den Kinderzusatzbetrag haben, erhalten auch weiterhin Leistungen für die Bildung und Teilhabe (BuT). Diese Leistungen werden künftig teilweise vom Bund übernommen. Alles soll man einfacher und aus einer Hand online beantragen können, statt verschiedene Stellen ansteuern zu müssen. Außerdem sollen Leistungsberechtigte über ihren Anspruch auf den Kinderzusatzbetrag und BuT informiert werden. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Aber: Die bisher eingestellten Mittel sind zu niedrig, um eine substanzielle und nötige Erhöhung des Existenzminimums zu finanzieren. Die Kindergrundsicherung bietet Familien ohne oder mit geringerem Einkommen keine wesentliche Verbesserung gegenüber den bestehenden und funktionierenden Leistungssystemen. Gleichzeitig bleibt der einkommens- und vermögensstarken Oberschicht die Möglichkeit erhalten, über den steuerlichen Kinderfreibetrag (inklusive Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf) bis zu knapp 100 € je Kind und Monat mehr erstattet zu bekommen als Mittelschichtsfamilien, die lediglich den Kindergarantiebetrag (heutiges Kindergeld) erwarten dürfen.

Für unabdingbar halten wir auch eine grundlegende Reform des Bildungswesens in NRW.

Und: Bildung findet nicht nur in der Schule statt, sondern an allen Orten, an denen sich junge Menschen aufhalten. Der Zugang dazu ist für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Sozialräumen schwieriger, weil sie weniger mobil, ihre Eltern oft weniger informiert über außerschulische Angebote und die finanziellen Mittel begrenzt sind, wie beispielsweise die BuT-Förderung. Dabei bilden sie bei ihrer Freizeitgestaltung Sozialkompetenzen und andere Fähigkeiten aus, die geringere Startchancen ausgleichen



und mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen können. Demokratieförderung und Jugendarbeit finden häufig in zeitlich begrenzten Projekten statt, deren Förderung ständig neu beantragt und begründet werden muss. Träger bezahlen mit Projektmitteln zu einem nicht unwesentlichen Anteil die Beantragung der Weiterexistenz, statt sich voll und ganz auf ihren Auftrag zu konzentrieren, Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Sozialräumen und deren Familien zu fördern.

DESHALB FORDERN WIR:

In Dortmund:

- Ungleiches muss weiterhin ungleich behandelt werden. Das bedeutet, dass dort wo besonders viele von Armut betroffene Kinder leben, mehr in deren Bildung investiert wird. Daher wird hiermit erneut bekräftigt, dass wir mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einen kommunalen Sozialindex etablieren wollen, um insbesondere Kitas und Schulen in Quartieren mit schlechten strukturellen Voraussetzungen finanziell und personell besser auszustatten. Ein Fokus ist hierbei auf den Beginn der Bildungskette und Übergänge zwischen Kita-Schule und Schule-Beruf zu legen. Familien dürfen nicht allein für den Bildungserfolg ihrer Kinder verantwortlich sein, sondern er muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen und wahrgenommen werden. Wir fordern den Rat auf, das Projekt „Zukunft früh sichern“, welches in Gelsenkirchen gemeinsam mit der RAG-Stiftung initiiert wurde, für Dortmund zu adaptieren und auf die Grundschule auszuweiten.
- Schaffung eines Dortmunder TalentKollegs nach Herner Vorbild, dass Schüler*innen in erfolgskritischen Grundlagen in den Hauptfächern Mathematik, Deutsch und Englisch qualifiziert, sie in den Übergängen berät und in Bewerbungen unterstützt für Ausbildung, Auslandsaufenthalte, (duales) Studium und Stipendien, wie z.B. die Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Trotz schwieriger Rahmenbedingungen muss mit Hochdruck daran gearbeitet werden, ausreichend Betreuungsplätze für Kinder zu schaffen.

In NRW:

- Schnelle Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik
- Ein Rettungspaket in Höhe von 100 Millionen Euro für Träger von Ganztagsangeboten in NRW, um den Ganzttag zu sichern und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.
- grundlegende Reform des Bildungswesens in NRW



im Bund:

- Erhöhung des Etats für die Kindergrundsicherung, u.a. durch Abschaffung des steuerlichen Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf, damit Familien aus der Oberschicht einen wichtigen Finanzierungsbeitrag (ca. 2,5 Mrd. € jährlich) leisten und zukünftig nur noch den einkommensunabhängigen Kindergarantiebtrag erhalten.
- Verteilungsgerechtigkeit auf die Agenda! Wer sagt, dass das Geld für eine ausreichende Ausgestaltung der Kindergrundsicherung nicht ausreicht, der muss auch bereit sein, über Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Übergewinnsteuer zu sprechen.
- Wenn Kinderarmut Elternarmut bedeutet, müssen Hürden und Schnittstellen für Leistungsberechtigte abgebaut werden und Hilfe möglichst aus einer Hand gewährleistet werden. Dazu müssen die Kommunen mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- Bekämpfung des Niedriglohnsektors, u.a. durch eine Erhöhung der Tarifbindung und der Erweiterung des Mindestlohns auf U18-Jährige.
- Eine Verstetigung von Projekten in der Demokratieförderung und Jugendarbeit statt Kettenförderungen.